Bundesbank hält am Bargeld fest

"Krieg gegen das Bargeld"

Angesichts der Nachrichten aus aller Welt scheint die Zukunft für Bargeld endlich zu sein. Die Deutsche Bundesbank tut sich in dieser Zeit als eine der wenigen Stimmen der Vernunft hervor.

In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurden in Indien 80 Prozent der im Umlauf befindlichen Geldscheine, nämlich die 500- und 1.000-Rupien-Noten, für ungültig erklärt. Der Umtausch in neue Scheine konnte nur per Konto durchgeführt werden, was für einen Großteil der indischen Bevölkerung ein Ding der Unmöglichkeit war: In den ländlichen Gebieten gibt es keine Banken. Es kam zu dramatischen Szenen, weil selbst die Banken nicht ausreichend neues Bargeld zur Verfügung hatten. Und doch scheinen neben Australien auch andere Staaten an einer solchen Vorgehensweise interessiert zu sein.

Kampf dem Bargeld - Schwarzgeld offizielles Ziel

Die Begründungen ähneln sich dann auch rund um den Globus: <u>Der Sumpf aus Schwarzgeld</u> und Korruption solle auf diese Weise ausgetrocknet werden. Und ja, in Indien wird ein erheblicher Teil der Wirtschaftsleistung gegen Bares und am Fiskus vorbei abgewickelt. Der Staat hätte demnach einen direkten Zugriff, könnte die Umstellung auf bargeldlose Zahlungen durchgesetzt werden. Eine solche Situation wäre für alle Staaten das Optimum, Indien darf also getrost als Blaupause betrachtet werden.

Auch in anderen Staaten, selbst in Deutschland, wird die Benutzung von Bargeld sukzessive eingeschränkt. Die geplante Abschaffung der 500-Euro-Scheine passt hier genau ins Bild. Darüber hinaus sollen in Deutschland Bargeldgeschäfte, die 5.000 Euro überschreiten, verboten werden - so wird Bundesfinanzminister Schäuble zitiert. In anderen EU-Mitgliedsstaaten, beispielsweise Frankreich, gibt es bereits derartige Beschränkungen, in Deutschland wehrt sich die Bundesbank hingegen vehement.

Der Sumpf aus Schwarzgeld und Korruption solle auf diese Weise ausgetrocknet werden."

Einziges unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel in Deutschland: Bargeld in Scheinen

So führt die Deutsche Bundesbank auch explizit aus, dass Euro-Geldscheine als einziges unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel gelten. Euro-Münzen hingegen können nur als beschränktes gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt werden, da die Annahmepflicht bei 50 Münzen oder einem Gegenwert von 200 Euro aufhört. Was würde also deren Abschaffung bedeuten? Ein Bankguthaben bedeutet nichts anderes als eine Forderung gegen die Bank. Die Kontoinhaber würden also vom gesetzlichen Zahlungsmittel abgeschnitten und einen gehörigen Teil ihrer Freiheit und Privatsphäre aufgeben müssen.

Was das offizielle Ziel der Bargeldabschaffung angeht, würden diese Maßnahmen doch wieder nur die kleinen Sünder treffen. Das große Schwarzgeld liegt längst als Goldbarren in sicheren Tresoren, in Bankschließfächern oder Steueroasen, die bislang ihre Kooperation zum

automatischen Informationsaustausch verweigern. Viel wahrscheinlicher erscheint doch, dass die komplette Abschaffung von Bargeld restriktive Maßnahmen wie beispielsweise die Geltendmachung von Negativzinsen oder einer Sondersteuer deutlich vereinfachen würde - das erklärt den Krieg gegen Bargeld.